

Kontakt



Politik ist eine Daueraufgabe

Mit dem Abstimmungsresultat vom 23. Oktober 2011 haben Sie uns Ihr Vertrauen geschenkt und wir konnten unseren Wähleranteil minim steigern. **Vielen herzlichen Dank!** Den angestrebten Nationalratsitz haben wir aber verpasst. Trotz dem Rückschlag werden wir uns weiter politisch für das Wohl unseres Landes einsetzen.



Peter K. Meier,
Parteipräsident

Weil wir erkannt haben, wie wichtig es für unser Land ist, arbeiten wir im Vertrauen auf Gott für die Ziele der EDU. Nicht, um über den Zerfall unserer Gesellschaft zu jammern oder über unsere Politiker zu schimpfen. Vielmehr wollen wir Hoffnungsträger und ein Segen sein, damit wir ein Stück der Kraft Gottes in unserem Land leben und freisetzen können.

Politik ist etwas für Christen, die sich nicht scheuen, den weltlichen Masstäben für Macht und Ehre die geistlichen entgegenzusetzen. Macht ohne Recht wird unmenschlich, Recht ohne Macht bleibt unwirksam. Darum ist es eine politische Daueraufgabe gerade für Christen, dem Recht zur Macht zu verhelfen und die Macht durch Recht zu bändigen. So sagt Gott: «Schaffet Recht dem Armen und der Waisen und helft dem Elenden und Bedürftigen zum Recht. Errettet den Geringen und Armen und erlöst ihn aus der Gewalt der Gottlosen.» (Psalm 82,3f.). Das wollen wir umsetzen – auch im Hinblick auf die nächsten Wahlen vom 18. Oktober 2015.

Foto © Harold Salzmann

Inhalt

Nationalratswahlen: Was ist passiert?	2–4
Abstimmung vom 27. November	5–6
Berichte aus dem Kantonsrat	8–11
Agenda/Anlässe	12

Nationalrat



Stefan Dollenmeier



Ursula Köppel

Was waren für Sie die eindrucklichsten Momente im vergangenen Wahlkampf?

Stefan Dollenmeier: Beeindruckt hat mich der EDU-Tag auf dem Bundesplatz am 26. September. Die EDU hatte einen ansprechenden Stand aufgestellt, viele EDU-Exponenten gingen auf Passanten zu und führten mit ihnen Gespräche. Für Kinder und Jugendliche wurden EDU-Ballone aufgeblasen, sodass der Platz bald von bunten EDU-Zeichen übersät war. Interessant war auch der Bewegungstag am 1. Oktober in Uster. Vom EDU-Stand aus fuhr eine mit Menschenkraft betriebene Rikscha durch die Strassen und trug so die EDU-Botschaft fröhlich unter die Festbesucher.

Ursula Köppel: Beeindruckend waren einerseits die vielen freundlichen Reaktionen von Leuten, die mir versicherten, dass sie mich unbedingt wählen würden. Das waren nicht nur überzeugte Christen. Ich habe gemerkt, dass der persönliche Kontakt etwas ganz Wichtiges ist. Leute, die einen persönlich kennen, werden ihre Empfehlung auch Freunden weitergeben. Neben sehr vielen freundlichen Begegnungen hatte ich nur eine einzige weniger freundliche. Das hat mir Mut gemacht, zu dem zu stehen, wovon ich überzeugt bin. Ein negatives eindruckliches Erlebnis hatte ich am «Marsch für s Läbe», wo uns von einer anonymen Masse von Menschen massiver Hass entgegenschlug. Damit muss man auch umgehen können, wenn man in der Politik aktiv wird.

Thomas Kürsteiner: Es hat mich immer wieder überrascht, dass ich von teils weniger teils besser bekannten Leuten darauf angesprochen wurde, dass ich sie heute schon so und so viele mal vom Wahlplakat herab angelacht hätte.

Gabriela Fröhlich: Dieser Wahlkampf war für mich die beste Gelegenheit, für meine christlichen Überzeugungen hinzustehen. Jeden Tag wurde ich von verschiedenen Personen bei der Arbeit, in der Nachbarschaft oder in der Kirche angesprochen, was zum Teil zu gehaltvollen Gesprächen führte. Auch wenn nicht immer alle meiner Meinung waren, fand ich es gut zu zeigen, dass es



Foto © Riccardo Dizioli

junge Christen gibt, die sich für das Land und die Gesellschaft einsetzen. Vor allem war es mir auch ein Anliegen, die Jugend für die Wahlen zu motivieren.

Stefan Zimmerli: Es war für mich erschreckend zu erleben, wie sehr die Leute von den Medien geprägt sind und welche haarsträubenden Vorurteile dadurch über die EDU entstanden sind. Gleichwohl war es aber sehr interessant zu erfahren, dass persönliche Gespräche viel bewirken können. Es war für mich darum sehr wichtig, auf die Fragen und Vorurteile der Menschen offen und ehrlich zu antworten und mir auch mal ein paar Minuten länger als geplant Zeit zu nehmen. Gerade diese Gespräche können beim Gegenüber immer wieder für Aha-Effekte sorgen und er oder sie merkt, dass die EDU ja doch nicht so unwählbar ist, wie zuerst gedacht.

Der EDU-Wahlkampf stand unter dem Motto «christliche Werte stärken». Welchen Wert haben Sie besonders betont und warum?

Stefan Dollenmeier: Das Recht auf Leben habe ich besonders betont. Warum und mit welchem Recht masst sich der moderne Mensch an, Gott zu spielen, zu entscheiden, welches Leben lebenswert ist und welches nicht? Dies tut er nicht nur am Ende des Lebens, sondern besonders am Anfang, sodass jährlich mehr als zehntausend (ungeborene) Kindlein herz- und gefühllos abgetrieben werden

Ursula Köppel: Die Schweiz ist immer noch ein Land, das auf den christlich-jüdischen Grundwerten basiert, wie sie in den 10 Geboten und in vielen Aussagen von Jesus ausgedrückt werden. Für den Fortbestand dieser Werte in unserer Gesellschaft will ich mich einsetzen!

Thomas Kürsteiner: Für mich stand die Nächstenliebe im Vordergrund. Ich betone diesen Wert, weil Liebe ein Grundbedürfnis jedes Menschen ist, und weil ich mir wünsche, dass Nächstenliebe in unseren Familien, Kirchen, im Staat und im Beruf mehr gelebt wird.

Wahlen



Thomas Kürsteiner



Gabriela Fröhlich



Stefan Zimmerli

Gabriela Fröhlich: Für mich stand das Thema Familie und alles, was dazugehört, wie Fristenlösung und Ehescheidung, an erster Stelle. Kaputte Ehen und Familien zerreißen mir fast das Herz. So viel Leiden und Schmerz kommen da zusammen. Diese inneren Verletzungen kann letztlich nur Gott heilen. Aber weder Politik noch Medien oder die Schule tun präventiv etwas Wirksames, um das Elend in den Familien zu stoppen. Der «Marsch für s Läbe» war einer der bewegendsten Anlässe. Einerseits war ich sehr traurig über all die Kinder, die nie das Licht der Welt erblicken dürfen, wegen Müttern oder Vätern, denen ihr Egoismus nähersteht als ihr Kind im Bauch. Andererseits

war ich aber auch erfreut, dass wir solche Anlässe durchführen können; sie sind wie ein Kontrapunkt zur allgemeinen Ego- und Spassgesellschaft, der zum Umdenken aufruft.

Stefan Zimmerli: Gott ist Liebe und er liebt jeden einzelnen Menschen. Gott hat uns in seinem Bild geschaffen. Die Liebe ist das grösste Gebot. Für mich als EDU-Politiker stehen das Wohl, der Schutz und das Recht zum Leben für jeden Menschen an erster Stelle. Gott hat uns die Bibel gegeben, damit wir eine Richtschnur für ein sinnvolles Leben haben. Diese Werte wollen wir als EDU aus Liebe gegenüber unseren Mitmenschen auch in der politischen Landschaft zum Wohle aller verbreiten.



Von Markus Wäfler, Steinmaur



Von Daniel Suter, Winterthur

Wahlziel der EDU Kanton Zürich nicht erreicht

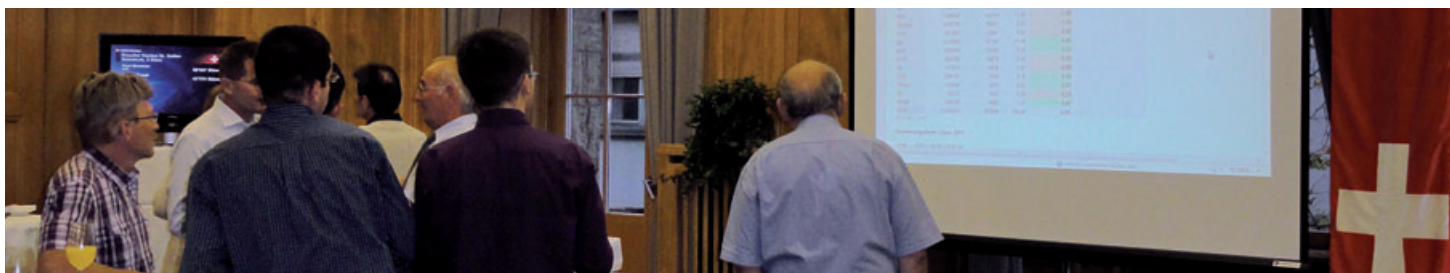
Unser Wahlziel war klar: Rückgewinnung des 2007 verlorenen Nationalratsmandates! Die EDU Kanton Zürich erreichte mit ihren zwei Listen total 300'540 Stimmen. Bei der Verteilzahl von 396'024 für die erste Verteilung zwischen den Listen und Listengruppen entspricht das 0,759 eines Vollmandates. Es fehlten uns für ein Vollmandat total 95'484 Stimmen oder 2'808 ganze Wahlzettel à 34 Stimmen, also rund 3'000 Wählerinnen und Wähler. Wir haben unser Ziel also deutlich verfehlt.

Trotzdem gilt es angesichts der Enttäuschung über das nicht erreichte Mandat, die erfreulichen Teilaspekte nicht zu übersehen:

Die junge EDU mit der Liste 17 hat mit total 42'888 Stimmen ein hervorragendes Ergebnis erreicht! Von allen Jung-Listen erreichte die jEDU hinter den Juso mit 103'523, den

jGP mit 93'711, den jGLP mit 84'974 und der ebenfalls hervorragenden jEVP mit 44'717 Stimmen den fünften Rang, noch vor den Jung-Listen der FDP (40'677), SVP (39'931) und CVP (34'891). Ein Bravo an die Jungen Kandidatinnen und Kandidaten der EDU! Dank diesen jungen Stimmen konnte zumindest das Gesamtergebnis der EDU trotz den schwierigen Rahmenbedingungen mit den Modparteien BDP und GLP in der Mitte und der erfreulichen Wahlbeteiligung von fast 50 Prozent knapp im positiven Bereich von + 0,05 % gehalten werden.

In einzelnen Bezirken konnten leicht wachsende Stimmenanteile erreicht werden: Bülach + 0,28 %, Dielsdorf + 0,34 %, Dietikon + 0,18 %, Pfäffikon + 0,13 %, Uster + 0,19 %. In den übrigen Bezirken lagen die Resultate nahe bei +/- Null oder leicht darunter. Unter den für unsere EDU gegebenen Rahmenbedingungen zumindest ein Teilerfolg.



Wahlen

Was wäre, wenn?

Auch EDU-intern stellen wir uns die berechtigte Frage, welche Resultate mit eventuell anderen Listenverbindungskombinationen erreicht worden wären. Dies lässt sich zwar auf der Basis des offiziellen Wahlprotokolls berechnen, ist aber etwas theoretisch, weil man davon ausgeht, dass die andern Listenverbindungen unverändert geblieben wären und die Wählerinnen und Wähler gleiche Listen gewählt hätten. Trotzdem nachstehend die Darstellung von einigen Listenverbindungsvarianten, welche wir ebenfalls in Betracht gezogen hatten:

Listenverbindungsvariante	Anzahl Mandate pro Partei (alle Parteilisten inbegriffen):									
	SVP	SP	FDP	CVP	GLP	EVP	BDP	GP	EDU	Diverse
Ist-Variante	11	7	4	2	4	1	2	3	0	0

Die Stimmen der EDU sicherten der SVP bereits in der ersten Verteilung das 11. Mandat (Hans Kaufmann). Von den zwei Restmandaten ging das erste an den Mitteleblock resp. die CVP, das zweite an die SP-GP-Listengruppe resp. die SP.

Variante EDU + SD	11	7	4	2	4	1	2	3	0	0
-------------------	----	---	---	---	---	---	---	---	---	---

Bei der EDU + SD-Variante würden nach der ersten Verteilung 3 Restmandate übrig bleiben: Das erste ginge an den Mitteleblock, das zweite an die SP-GP-Listengruppe und das dritte Restmandat würde sich die SVP als 11. Mandat holen.

Variante EDU + Mitteleblock	10 (-1)	7	4	2	5 (+1)	1	2	3	0	0
-----------------------------	------------	---	---	---	-----------	---	---	---	---	---

Bei der EDU + Mitteleblockvariante hätten bei der ersten Verteilung die SVP 10 (-1), der Mitteleblock 9 (+1) Mandate erhalten; es wären zwei Restmandate übrig geblieben: Das erste ginge an die SP-GP Gruppe, das zweite an den Mitteleblock, der dadurch 10 Mandate erhielt. Die GLP hätte dank den EDU-Stimmen ein zusätzliches Mandat zu Lasten der SVP erhalten.

Variante EVP + EDU	11	7	4	2	4	1	2	3	0	0
--------------------	----	---	---	---	---	---	---	---	---	---

Bei der Zweier-Listenverbindung EVP + EDU hätte die SVP (10) und der Mitteleblock (7) in der ersten Verteilung je ein Mandat weniger erhalten. EVP + EDU zusammen hätten nur ein Mandat erzielt. Es wären drei Restmandate übrig geblieben. Das erste ginge an die SP-GP-Gruppe zu Gunsten der SP, das zweite an die SVP (11. Mandat), das dritte an den Mitteleblock zu Gunsten der CVP (2. Mandat). Die EDU wäre wegen ungenügend hohem Quotient leer ausgegangen.

Durch die Listenverbindung der EDU-Listen mit den SVP-Listen gehen die EDU-Stimmen nicht verloren, sondern sichern ein 11. SVP-Mandat (Hans Kaufmann). In wichtigen politischen Themen liegen die Positionen der SVP nahe bei denen der EDU. Wir sind überzeugt, mit der gewählten Listenverbindung die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler bestmöglich wahrgenommen zu haben.

Natürlich werden wir unseren Wahlkampf jetzt gewissenhaft analysieren und Massnahmen anpacken, damit unsere Wählerzahl in den nächsten vier Jahren um die nötigen 3'000 anwächst. Wir laden Sie ein, aktiv daran teilzunehmen. Rufen Sie uns an oder schreiben Sie ein Mail: 052 222 42 61, sekretariat@edu-zh.ch.



Von Martin Lobsiger, Kassier

Die Nationalratswahlen sind vorbei, die Rechnungen kommen!

Vielen Dank Ihnen allen, die Sie diese Wahlen finanziell mitgetragen haben! Es sind noch einige 10'000 Franken Rechnungen offen.

Der Vorstand der EDU Kanton Zürich hat sich für die Nationalratswahlen ein Budget von 200'000 Franken vorgegeben. Das ist nicht viel gegenüber den Möglichkeiten anderer Parteien. Die Wahlkommission hat sehr darauf geachtet, die Mittel für die Werbung und die Information der Wähler bestmöglich einzusetzen. Auch wenn viele Arbeiten ehrenamtlich getan wurden, kosteten die Herstellung und Verteilung von Flyern und anderen Drucksachen, der Plakataushang, die Inserate in Zeitungen und Zeitschriften sowie die adressierte Wahlwerbung doch viel Geld. Die den budgetierten Ausgaben gegenübergestellten Einnahmen haben sich bis jetzt leider nicht so entwickelt, wie wir das erhofft haben. Insbesondere sind die Spenden weit

hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Wir rufen deshalb noch einmal alle Mitglieder und Freunde auf, einen ausserordentlichen Beitrag zur Deckung der Unkosten für die Nationalratswahlen zu leisten.

Es sind derzeit noch Verpflichtungen von einigen 10'000 Franken offen. Wir möchten unsere Gläubiger, die gute Arbeit geleistet haben, nicht warten lassen.

«Politik und Freiheit in Verantwortung vor Gott ist mir wichtig», sagte ein Nationalratskandidat. Den finanziellen Verpflichtungen in Verantwortung vor Gott pünktlich nachzukommen, ist mir als Kassier wichtig. Da bin ich aber auf die Mithilfe aller angewiesen, die diese Verantwortung mit mir tragen wollen. Ich danke Ihnen im Namen der EDU ganz herzlich für Ihre Unterstützung!

«Alles, was ihr tut, das tut von Herzen als dem Herrn und nicht den Menschen» (Kol. 3,23).



Abstimmung

Die Parolen der EDU in der Übersicht

Kantonale Volksabstimmung vom 27. November 2011

Kanton Zürich

 **Stimmzettel** **1**
vom 27. November 2011

Stimmen Sie folgenden Vorlagen zu?

A Beschluss des Kantonsrates
Gesetz über den Flughafen Zürich
(Flughafengesetz)
(Änderung vom 23. Februar 2009;
Keine Neu- und Ausbauten von Pisten) **Nein**

B Gültige Teile des Gegenvorschlags
von Stimmberechtigten **Nein**

C Stichfrage: Welche der beiden
Vorlagen soll in Kraft treten,
falls sowohl der Beschluss des
Kantonsrates als auch die gültigen
Teile des Gegenvorschlags von
Stimmberechtigten angenommen werden? **Vorlage A**

Kanton Zürich

 **Stimmzettel** **2**
vom 27. November 2011

Stimmen Sie folgender Vorlage zu?

2 «Stau weg!» – Kantonale Volks-
initiative zur Einreichung einer
Standesinitiative – Für einen
effizienten und sicheren Verkehr
im Kanton Zürich **Nein**

Kanton Zürich

 **Stimmzettel** **3**
vom 27. November 2011

Stimmen Sie folgender Vorlage zu?

3 Kantonale Volksinitiative
«Für faire Ferien» **Nein**



Von Michael Welz, Oberembrach

1. A Behördeninitiative «Keine Neu- und Ausbauten von Pisten»

Die Delegierten der EDU sagen mit einer Zweidrittel-Mehrheit Nein zur Behördeninitiative, welche den Kanton Zürich gesetzlich verpflichten will, sich einzusetzen, damit künftig Neubauten oder Ausbauten von Pisten am Flughafen Zürich unterbleiben. Die Mehrheit der Delegierten finden es in Anbetracht des Bevölkerungswachstums und aus volkswirtschaftlicher Sicht unverantwortlich, dem Flughafen jegliche Ausbaumöglichkeit zu nehmen. Der Flughafen Zürich ist der Wirtschaftsmotor der Schweiz und die Region rund um den Flughafen besitzt dadurch einen grossen Standortvorteil. Das Volk hat bei Pistenausbauten durch die Möglichkeit des Referendums ein Mitbestimmungsrecht bei allfälligen Ausbauprojekten. Die Minderheit der Delegierten ist der Ansicht, dass der Flughafen mit dem zurzeit noch möglichen Wachstum von 80'000 Flugbewegungen über ausreichende Reserven für die nächsten Jahre verfüge. Ein weiteres Wachstum der Flugbewegungen ist in diesem dicht besiedelten Gebiet unerwünscht. Vor weiteren Pistenausbauten sollte auf jeden Fall zuerst das Ab- und Anflugregime optimiert wer-

den. Denn durch die Flugrouten wird der Flughafen am meisten beschnitten.

1. B Gegenvorschlag von Stimmberechtigten

Einstimmig Nein sagt die EDU zum Gegenvorschlag von Stimmberechtigten, welcher weitergehende Forderungen stellt. So sollen nebst einem Ausbaubauverbot auch keine neuen Flugrouten erlaubt werden (ab Stand 2000) und eine 7-stündige Nachtruhe ohne Ausnahmeregelung gesetzlich verankert werden. Diese Forderung würde zum heutigen Zeitpunkt den Flughafen teilweise lahmlegen, da Deutschland die Überflüge beschränkt hat und keine Landeanflüge von Süden her mehr erlaubt wären. Die Nachtruheverordnung ist heute im Betriebsreglement des Flughafens ausführlich mit allen Ausnahmebestimmungen geregelt. Eine gesetzlich sture Verankerung wäre im Reiseverkehr unverhältnismässig.

1. C Stichfrage

Die Stichfrage beantworteten die EDU-Delegierten einstimmig, in dem sie sich für die Vorlage 1. A aussprachen.

Abstimmung



Von Michael Welz, Oberembrach

2. Nein zur Volksinitiative «Stau weg!»

Die Volksinitiative «Stau weg!» des TCS verlangt, dass der Kanton Zürich in Bundesbern eine Standesinitiative einreicht. Darin soll der Kanton Zürich fordern, dass die Bauprojekte Glattalautobahn, Oberlandautobahn, Ausbau Umfahrung Winterthur, Stadttunnel, Waidhalde-tunnel und Westast Zürich bis 2025 umgesetzt werden. Die EDU hat für dieses Anliegen grosse Sympathien, da $\frac{1}{3}$ der Staukosten der Schweiz im Kanton Zürich anfallen, nämlich Jahr für Jahr rund 100 Mio. Franken. Diese Volksinitiative hat jedoch gravierende Mängel:

1. Der dringend anstehende Ausbau des Nordrings bis und mit Brüttsellerkreuz wird nicht erwähnt.

2. Die Forderung würde beinhalten, dass sämtliche Bundesgelder für den Nationalstrassenbau der nächsten 15 Jahre im Kanton Zürich eingesetzt werden. Dies ist absolut unrealistisch.

3. Nationalstrassenbauten müssen nach der Dringlichkeit erstellt werden. Dadurch stiftet diese Initiative im Parlament in Bern nur Verwirrung, wenn nicht gar ein unverständliches Kopfschütteln.

Aufgrund dessen, dass der Bund seiner Finanzkraft und der Dringlichkeit entsprechend neue Nationalstrassen plant und baut, empfehlen die EDU-Delegierten mit grossem Mehr die Volksinitiative zur Ablehnung.




Von Heinz Kyburz, Männedorf

3. Nein zur Volksinitiative «Für faire Ferien»

Die Initianten wollen, dass künftig alle kantonalen Angestellten, also auch die über 20-jährigen bis 49-jährigen, mindestens 5 Ferienwochen erhalten. Es trifft zu, dass die öffentlichen Dienste hinsichtlich der Anstellungsbedingungen nicht immer mithalten können. Aufgrund der kantonalen Finanzlage war es in den vergangenen Jahren oft nicht möglich, den Teuerungsausgleich oder angemessene Beförderungen zu gewähren. Dennoch verfügt der Kanton über sehr fortschrittliche Gleitzeit- und Überzeitbestimmungen, die es den kantonalen Angestellten ermöglichen,

Überzeit mit zusätzlichen Freitagen abzugelten. Wer viel arbeitet, kann so oft 5 oder mehr Wochen Urlaub nehmen. Zudem gewährt der Kanton grosszügige Urlaube für private Angelegenheiten (z.B. Mutter- und Vaterschaftsurlaub, Jugend+Sport- Kurse usw.) Es ist deshalb nicht zielführend, wenn die kantonalen Angestellten in diesem Bereich weiter entlastet werden. Die mit der Initiative verbundenen jährlichen Mehrkosten von 44 Mio. Franken (1 Steuerprozent) können zweckdienlicher zur Finanzierung des Teuerungsausgleichs und laufender Beförderungen verwendet werden. Eine grosse Mehrheit der EDU-Delegierten sagt deshalb Nein zur Volksinitiative.

Empfehlung für die Ständeratswahl

Kanton Zürich		Wahlzettel	
		für die Wahl von zwei Mitgliedern des Ständerates Zweiter Wahlgang vom 27. November 2011	
Zwei Mitglieder des Ständerates			
Name		Nähere Angaben wie: Vorname, Beruf, Wohnort usw.	
Blocher		Christoph	
_____		_____	

«Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» ist zustande gekommen

Die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» ist zustande gekommen, wie



die Bundeskanzlei mitteilt. Die EDU hat wesentlich zu diesem Erfolg beigetragen; herzlichen Dank für Ihre Unterschrift! So hat zum Beispiel die EDU Winterthur an mehreren Samstagen in der Markt-gasse Unterschriften gesammelt. Von den über 110'000 eingereichten Unterschriften sind 109'597 gül-

tig. Damit wird das Schweizer Stimmvolk über das Begehren abstimmen. Die Initiative hat zum Ziel, dass die Kosten für einen Schwanger-

schaftsabbruch bis auf seltene Ausnahmen nicht mehr von der Grundversicherung der Krankenkasse übernommen werden. Das Begehren wird von einem überparteilichen Komitee getragen; zwei davon gehören der EDU an. Die Initianten sind der Ansicht, dass niemand gezwungen werden dürfe, Abtreibungen anderer zu finanzieren.

91'816 Unterschriften «Gegen die Sexualisierung der Volksschule»

Die Petition «Gegen die Sexualisierung der Volksschule» ist Anfang Oktober der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) übergeben worden. In etwas mehr als drei Monaten haben 91'816 Bürgerinnen und Bürger die Petition unterzeichnet. Auch Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, danken wir für Ihre Unterschrift und Ihr Engagement. Hinter der Petition stehen Politikerinnen und Politiker aus verschiedenen Parteien, darunter auch die EDU.

Anzeigen



Mezzadri GmbH

Ihre Partner beim Bauen!

> Beratung, Planung + Bauleitung
> Haustechnikanlagen
Ettelstrasse 52, 8820 Wädenswil
Tel. 044 780 94 82 Fax 044 780 98 62
mezz@libertymail.ch



Empfehle mich höflich für die Vermietung, Verwaltung, oder den Verkauf Ihrer Immobilie oder Ihres Grundstückes. www.maienfisch.ch
Tel. 044 830 21 08, info@maienfisch.ch

- Kanalreinigungen
- Strassenreinigung
- Saugarbeiten
- Druckproben
- Kanal-TV
- Entstopfung von Leitungen im und um das Haus



W. RYFFEL AG

8608 Bubikon 055 243 11 55 079 422 41 02 Fax 055 243 36 4



www.dorfgarage-tagelswangen.ch



Orchideen & Pflanzen im Erlebnis - Triibhuus

Gebr. Müller Triibhuus, 8162 Steinmaur
Telefon 044 853 23 00 / Fax 044 853 23 11

www.mueller-orchideen.ch

Ihre Offset- & Digitaldruckerei
im Zürcher Unterland



Hofstrasse 12
8181 Hörli
Telefon 044 860 61 40
Fax 044 860 61 92
info@gndruck.ch
www.gndruck.ch

gndruck heisst: Qualität, Termintreue und ein optimales PreisLeistungsverhältnis!



Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale

Kantonsrat

EDU sehr aktiv trotz Wahlkampf

Die EDU hat im Parlament zu wichtigen Fragen einige Vorstösse eingereicht, insbesondere in Schulfragen und zum akuten Hausärztemangel. Daneben galt es auch wieder Stellung zu nehmen zu Volksinitiativen, zu einem «konstruktiven Referendum» und weiteren Tagesgeschäften.

*Fraktionsbericht, zusammengestellt von Stefan Dollenmeier
Präsident der EDU-Kantonsratsfraktion*



Von Hans Egli, Steinmaur

Brauchen wir einen Seeuferweg?

Die SP und die EVP haben je eine Initiative lanciert, um beim Zürichsee einen durchgehenden Seeuferweg zu realisieren. Über diese beiden Initiativen und den Gegenvorschlag der Kommission wurde im Kantonsrat debattiert. Beim Seeuferweg geht es nicht bloss um den uneingeschränkten Zutritt an den Zürichsee. Es geht ebenfalls um die Grundsatzdiskussion des Eigentums. Die Initiative der SP und indirekt auch jene der EVP verlangen die Enteignung. Enteignen ist das Wegnehmen von persönlichem Besitz und wird in der Regel nur symbolisch entschädigt. Der See wurde seit jeher als Allgemeingut gesehen, das Land dahinter als Privateigentum. Mit den Volksinitiativen steht nun die Forderung im Raum, Land zu enteignen. Beim Abwägen vom Interesse der Bevölkerung am ungehinderten und uneingeschränkten Zugang zum See und dem Schutz des Eigentums gewichtet die EDU den Schutz des Eigentums höher. Die EDU ist nicht grundsätzlich gegen einen

Weg rund um den Zürichsee. Im Gegensatz zu den Vorstellungen, wie die Forderung der Initiativen zum Tragen kommen sollte, setzen wir uns für einen Weg ein, der zwar möglichst nahe aber nicht zwingend unmittelbar direkt am Ufer verlaufen muss. Die EDU unterstützt alle Bestrebungen, die dahin zielen, die bereits heute öffentlich zugänglichen Seeabschnitte aufzuwerten. Der Gegenvorschlag beinhaltet jährlich die Realisierung eines Abschnitts des Seeuferwegs für 10 Mio. Franken, wie wir das bereits beim Radwegnetz kennen. Schlussendlich wurden die Initiativen klar abgelehnt und der Gegenvorschlag erhielt ohne EDU eine knappe Mehrheit. Die Initiativkomitees der SP und der EVP gaben inzwischen den Rückzug ihrer Initiativen bekannt. Somit tritt der Gegenvorschlag in Kraft. Hoffen wir auf eine möglichst enteignungsfreie Realisierung des Seeuferweges!



Von Stefan Dollenmeier, Rüti

Neue EDU-Vorstösse

Neue Vorstösse entstehen oft auf Anregung von EDU-Freunden bzw. Fachleuten. Von einem Allgemeinmediziner stammt die Idee zum folgenden Vorstoss:

Hausarzt-Pflichtjahr gegen den Ärztemangel

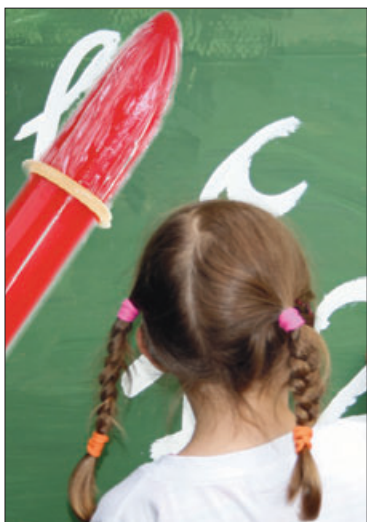
«Die Regierung wird gebeten, für Ärzte und Ärztinnen ein Pflichtjahr als Hausarzt einzuführen»,

dies der Postulatstext, mit dem der Schreibende dem Hausärztemangel begegnen will. «Absolventinnen und Absolventen des Humanmedizinstudiums durchlaufen in der anschliessenden Zeit mehrere Jahre auf verschiedenen Stationen in Spitälern. Dort arbeiten sie sich

ein und lernen als Assistenzärzte ihren herausfordernden Beruf in vielen Facetten kennen. Die Postulanten schlagen vor, als Beitrag gegen den Hausärztemangel eines dieser sogenannten Fremdjahre als Mitarbeiter eines Allgemeinpraktikers vorzuschreiben. Dort würden die Ärztinnen und Ärzte die Grundversorgung im Gesundheitswesen kennenlernen. Dabei würden sie die Vorzüge der selbständigen und verantwortungsvollen Arbeit als Allgemeinpraktiker kennen und schätzen lernen, so dass viele von ihnen später in einer Praxis einsteigen würden. Auch wenn dies nicht im erhofften Masse eintreffen würde, könnte dieses Pflichtjahr dazu beitragen, den immer akuter auftretenden Hausärztemangel etwas zu verringern.»



Fraktion



Verantwortung der Eltern für die Sexuaufklärung ihrer Kinder im Kindergarten- und Unterstufenalter

Mit zwei Parlamentarischen Initiativen versucht die EDU, die Elternrechte und die demokratische Mitsprache in Bildungsfragen zu fördern. Anlass dazu war nicht zuletzt die drohende Einführung von Sexualkundeunterricht schon im Kindergarten: «Das Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 wird wie folgt ergänzt:

Eltern nehmen gemäss Bundes- und Kantonsverfassung ihre Rechte auf Erziehung und Wertevermittlung wahr. Insbesondere obliegt ihnen die sexuelle Aufklärung ihrer Kinder im Kindergarten- und Unterstufenalter.

Im Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 sind nur die Elternpflichten, nicht aber die Elternrechte aufgeführt. Diese Lücke soll geschlossen werden. Wichtige Elternrechte sind sicherlich ihre Hauptverant-

wortung in der Erziehung, in der Vermittlung ihrer religiösen Vorstellungen und der für sie geltenden Werteerhaltung. Dazu gehört auch die Sexuaufklärung ihrer Kinder. Mit der Einführung des Lehrplans 21 durch die Erziehungsdirektorenkonferenz soll dem Vernehmen nach eine staatlich verordnete, obligatorische Sexualerziehung gemäss Grundlagenpapier im neuen Lehrplan für die 4- bis 16-Jährigen obligatorisch integriert werden. Nach Meinung der Initianten darf es nicht sein, dass die Erziehung der Eltern, welche ihre Kinder verantwortungsbewusst zu sexuellen Themen hinführen, durch den Sexualunterricht der Schule torpediert wird. In seiner Antwort auf eine Anfrage schreibt die Regierung, dass Sexualerziehung in erster Linie Sache der Eltern sei und dass das Thema Sexualität auf die Mittel- und Oberstufe gehöre. Die Parlamentarische Initiative verlangt, diese Absichtserklärung gesetzlich festzuschreiben.»

Mehr demokratische Mitsprache in Bildungsfragen

«Im Bildungsgesetz soll ein neuer Absatz eingefügt werden:

Bildungsratsbeschlüsse betreffend neue Fächer, Klassengrösse, Lehrplan 21, Lektionentafel und neuen Lehrinhalten unterstehen dem fakultativen Referendum.

In den letzten Jahren führten verschiedene Beschlüsse des Bildungsrates zu Kri-

tik aus der Bevölkerung und sogar zu einigen erfolgreichen Volksinitiativen. Auch in Zukunft stehen wichtige Entscheidungen, wie Lektionenzahl, Lehrplan 21, neue Inhalte von Fächern, Entlastungsmassnahmen für Lehrpersonen usw., an. Die Initianten schlagen eine demokratische Mitsprache durch den Kantonsrat und, wenn nötig, durch den Souverän vor. Dies wird erreicht, wenn richtungsweisende Beschlüsse des Bildungsrates dem fakultativen Referendum unterstellt werden.»



Mathematisch - naturwissenschaftliches Langzeitgymnasium

Ein anderer EDU-Vorstoss lautet:

«Der Regierungsrat wird aufgefordert, an den Langzeitgymnasien neu auch ein mathematisch - naturwissenschaftliches Profil einzuführen. Unserer Wirtschaft fehlen je länger je mehr Mittelschulabsolventinnen und -absolventen, die über solide mathematische, technische und naturkundliche Fähigkeiten verfügen. Viele solcherart begabte junge Menschen bestehen das Langzeitgymnasium mit Latein, Französisch und Englisch nicht.

Im Kurzgymnasium, beginnend nach der zweiten oder dritten Klasse der Sekundarschule, sind weniger junge Männer als Frauen anzutreffen. Gerade mathematisch - naturwissenschaftlich Begabte schaffen oft die sprachlastige Aufnahmeprüfung nicht. Die Initianten sind überzeugt, dass mit der Einführung eines Profils C schon auf der gymnasialen Unterstufe vermehrt mathematisch - naturwissenschaftlich Begabte den Weg in die Mittelschule und später an die einschlägigen Studienplätze finden würden...»

Kantonsrat



Von Hans Peter Häring,
Wettswil am Albis

Finanzierung von anerkannten Privatschulen

Die EDU hat eine Motion eingereicht, worin verlangt wird, dass das Volksschulgesetz dahingehend geändert wird, dass für jedes Kind, das eine anerkannte Privatschule besucht, ein jährlicher Beitrag von 3'000 Franken entrichtet wird. Einen ähnlichen Vorstoss hat Stefan Dolnenmeier vor über 10 Jahren unternommen. Finanziell lohnt sich diese Lösung. Bei 6'000 Betroffenen kostet dies die Öffentlichkeit 18 Mio. Franken. Demgegenüber stehen 60 Mio. Einsparungen für Staat und Gemeinden, wenn man von minimalen jährlichen

Vollkosten von 10'000 Franken ausgeht. Für die Eltern, deren Kinder eine christliche Schule besuchen, wäre dies eine wesentliche Erleichterung. Es ist aber auch eine liberale und soziale Lösung. Eine Aufgabe, die auch von privater Seite gelöst werden kann, muss nicht zwingend vom Staat erbracht werden, und sozial ist es, wenn nicht nur gutverdienende Eltern ihre Kinder einer geeigneten Privatschule anvertrauen können. Wir sind gespannt, wie die Regierung auf diesen Vorschlag reagieren wird.



Von Heinz Kyburz, Männedorf

Das kantonale Bürgerrechtsgesetz soll weiter verschärft werden

Eine weitere Verschärfung des Bürgerrechtsgesetzes unterstützten zwar nur die SVP und die EDU. Das Volk wird aber das letzte Wort haben. Der Versuch der Gegner, die Vorlage für teilungültig zu erklären, gelang nicht, da sie das dazu nötige Quorum nicht erreichten.

Der Gegenvorschlag von Stimmberechtigten ist gültig

«An die Ungültigkeit einzelner Bestimmungen müssen sehr hohe Anforderungen gestellt werden. Im Grenzfall ist klar für Gültigkeit zu plädieren. Die Regierung hat wiederholt ein schlechtes Rechtsempfinden gezeigt und mit der falschen Behauptung, eine Initiative sei ungültig, viel Schaden angerichtet. Dies spricht nicht für die Rechtskompetenz unserer Regierung. Die Teilungültigkeit ist auch bei dieser Vorlage nicht gegeben. Es gibt zwar nach Auffassung des Bundesgerichts ein ordentliches Rechtsmittel gegen einen begründeten, ablehnenden Bürgerrechtsentscheid, aber keinen Rechtsanspruch auf eine Einbürgerung. Die Regierung möchte durch die Ungültigkeitserklärung einen solchen Rechtsanspruch einführen, was jedoch unlauter ist. Den Gemeinden steht im Rahmen der gesetzlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung ein beträchtliches Ermes-

sen zu, das sie auch weiterhin wahrnehmen sollen, sodass die umstrittenen Paragraphen, wie ausgeführt, somit rechtsgültig sind.

Die Einbürgerungspraxis soll verschärft werden

Nach der denkwürdigen Ratsdebatte zu den Integrationsgesetz vorlagen und der peinlichen Patt-Situation wird die EDU nun einer Verschärfung zustimmen. Wenn in diesem Rat offensichtlich keinerlei Einigkeit über die Integrationsmassnahmen besteht, so sollte doch mindestens ein klares Signal gegeben werden, dass Einbürgerungen eben nur für Gesuchstellende möglich sind, die sich an Recht und Ordnung halten. Die tragischen Ereignisse der letzten Wochen in England zeigen deutlich auf, dass das Volk keinerlei Verständnis für Gewalt und Chaotentum hat und solche Menschen sicherlich auch nicht einbürgern will. In keiner Weise teilt die EDU die Haltung der Regierung, «die Verlängerung der Wartefrist (für Jugendliche) gemäss Gegenvorschlag sei unverhältnismässig, weil sie die Integration von jugendlichen Straftäterinnen und Straftätern in unsere Gesellschaft und unseren Staat übermässig lange blockieren würde». Einmal mehr verwechselt die Regierung Ursache und Wirkung. Denn die Einbürgerung ist nicht ein Mittel, sondern das Resultat bzw. die Krönung einer erfolgreichen Integration.»

Anzeigen

Generalagentur Urs Schweizer
Bruno Wild, Eidg. dipl. Vers.berater
Telefon 052 224 26 02
bruno.wild@axa.ch



Fraktion



Üetliberg zum letzten oder Üetliberg zum x-ten Mal?

Von Hans Egli, Steinmaur

Immer wieder wird der Üetliberg zum ideologischen Zankapfel im Kantonsrat. Diesmal stand die Forderung im Raum, ein Natur- und Landschaftsschutzgebiet Üetliberggipfel einzurichten. Eine Landschaftsschutzzone bedeutet einen grossen Eingriff, ein Instrument, das schwerwiegende Konsequenzen nach sich zieht. Der Üetliberg hat grosse Publizität, ganz verschiedene öffentliche Interessen,

die zu berücksichtigen sind, die ein überlegtes Handeln verlangen. Nach wie vor ist das Potenzial für eine Windturbine auf dem Üetliberg gross und könnte in einer Schutzzone nicht mehr realisiert werden. Um den Anteil an erneuerbarer Energie zu erhöhen, lehnte die EDU ein Natur- und Landschaftsschutzgebiet Üetliberggipfel ab. Die Mehrheit des Kantonsrates lehnte diese Forderung ebenfalls ab.



Von Hans Peter Häring,
Wettswil am Albis

Förderung der Gleichstellung der Gebärdensprache

Bei dieser Motion ging es um die Förderung der Kommunikationsmöglichkeiten von Menschen mit einer Hörbehinderung. Man wollte ihnen ermöglichen, von Anfang an die Gebärdensprache und die Lautsprache zu lernen. Für uns ist es ganz normal, dass unsere Kinder neben der Muttersprache noch zwei Fremdsprachen lernen. Dies wollten wir auch den Hörbehinderten ermöglichen. Für die EDU war auch klar, dass wenn wir

für das Lebensrecht von Behinderten eintreten, dass wir auch für deren Förderung der Integration eintreten und nicht finanzielle Argumente oder Erklärungen, es werde ja schon viel getan, vorschieben können. Diese Motion wurde dann aber mit 94 zu 70 abgelehnt. Mitgeholfen haben dabei auch die CVP und ein Teil der EVP. Mit Hilfe dieser Parteien hätte diese Motion überwiesen werden können.

In Kürze



Anlässlich der Abnahme von Geschäftsbericht und Jahresrechnung der GVZ verlangte der Fraktionschef, dass im Jahreskalender, der von den Versicherten kostenlos bestellt werden kann, **wieder die christlichen Feiertage** vermerkt werden. (Herzlichen Dank an den aufmerksamen EDU-Freund, der auf diesen Umstand hingewiesen hat.)

Im Zusammenhang mit einer SVP-Forderung, ein Buch über General Guisan als Lehrmittel zu definieren, meinte er: «Auch wir finden es wichtig und richtig, dass unsere Jugend objektiv über die Geschehnisse des Zweiten Weltkrieges informiert wird. ... **General Guisan, der als grosser Beter** bekannt ist, könn-

te wahrlich für viele ein Vorbild sein.»

Bei der Ursachensuche für den Lehrermangel auf der Oberstufe führte der Fraktionspräsident unter anderem aus: «Das Problem beginnt damit, dass die Lehrperson **immer mehr Erziehungs- statt Bildungsaufgaben** übernehmen muss. Die Folge sind viele zeit- und kräfteaubende Interventionen und Gespräche.» Ferner wies er auf die unsägliche Belastung durch Administration und stundenlange Sitzungen hin. Anlässlich einer Abschreibung eines Postulats forderte er **mehr Unterstützung für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen.**

Impressum EDU-Kontakt, Nr. 126, November 2011 20. Jahrgang, Auflage: 11'900 Ex.

Der «EDU-Kontakt» ist das christlich-politische Bulletin der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) Kanton Zürich.

Herausgeber

EDU Kanton Zürich
Bürglistr. 31, Postfach 248
8408 Winterthur
Tel./Fax: 052 222 42 61
Natel: 079 216 03 16
www.edu-zh.ch
info@edu-zh.ch

«EDU-Kontakt»-Abonnement

Der «EDU-Kontakt» erscheint siebenmal jährlich und kostet nur 10 Franken. Für Parteimitglieder ist das Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Von den Unterstützungsbeiträgen der Nichtmitglieder gelten die ersten 10 Franken der Spende als Abonnementsbeitrag.

Ihre Spende an die EDU ist vom

steuerbaren Einkommen abziehbar!

Wenn Sie den orangenen Einzahlungsschein am Begleitbrief benutzen, zahlen Sie Ihre Spende auf das Postkonto 01-73830-4 der EDU Kanton Zürich, 3601 Thun, ein. Ihre Zahlung wird automatisch und vollumfänglich der EDU Kanton Zürich gutgeschrieben.

Wenn Sie einen roten Einzahlungsschein benutzen, überweisen Sie Ihre Spende bitte auf das Postkonto 80-37173-6 der EDU Kanton Zürich, 8408 Winterthur. Einzahlungsscheine können beim Kassier jederzeit angefordert werden, martin.lobsiger@edu-zh.ch oder Tel. 044 860 06 33.

Termine und Veranstaltungen

Betet für das Wohl von Volk und Land!

Sie sind ganz herzlich eingeladen zu den folgenden Gebetstreffen:

Gossau
Jeden Mittwoch, 19.30 Uhr (nach Absprache auch andere Abende möglich, ausser Montag)
Wo: Im Zentrum 12, 8625 Gossau ZH
Auskunft: Sven und Erika Schelling Tel. 043 928 01 57

Männedorf
Jeweils am Freitag, 14.30–15.30 Uhr in den geraden Kalenderwochen: 18. Nov. und 2. und 16. Dezember
Wo: Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf
Auskunft: Margrit Vetter, Tel. 044 920 45 43

Richterswil
Jeweils am 2. Freitag des Monats um 20.00 Uhr: 11. November, 9. Dezember
Wo: Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil
Auskunft: Sonja Denzler, Tel. 044 784 30 23

Steinmaur
Jeweils am 2. und 4. Montag des Monats um 20.00 Uhr: 14. und 28. November, 12. Dezember
Wo: Ref. Kirchgemeindehaus (1. Stock) Schulwiesstrasse 7, 8162 Steinmaur
Auskunft: Marianne Wäfler, Tel. 044 856 01 93 Ruth Sevin, Tel. 044 858 49 37

Winterthur
Jeweils am Montag, 19–20 Uhr in den geraden Kalenderwochen: 14. und 28. November, 12. Dezember
Wo: Feldeggstr. 9, 8406 Winterthur-Töss
Auskunft: Vania D'Alberto, Tel. 052 203 00 81

Aktion Weihnachtspäckli

12. November 2011, Stäfa

Zum zweiten Mal sammelt die EDU im Goethezentrum von Stäfa Lebensmittel und Nonfoodartikel für die Weihnachtspäckliaktion von «Licht im Osten».

Die gewünschten Artikel schreiben wir auf einen kleinen Zettel und geben diesen den Migroskunden mit, wenn sie ihre Samstagseinkäufe tätigen. (z. B. 5x M-Budget Zahnpasta / 3x 1 Paket Hörnli / 6 Tafeln Schoggi / 2 kleine Schachteln Farbstifte) Diese eingekauften Artikel bringen die Leute an unseren Stand vor der Migros und wir verpacken diese später zu genormten Päckli.

Diese karitative Aktion fand Wohlwollen und Zustimmung bei vielen Leuten. Wir sind dankbar für alle Mithilfe am EDU-Stand am **Samstag, 12. November 9-15 Uhr, Zentrum Goethestrasse (Migros) in Stäfa**

Für mehr Infos:
Conny Meier, Tel: 044 926 80 29



Schlusspunkt

Was ich schon immer mal sagen wollte

Zur Nationalratskandidatur für die EDU bin ich gekommen wie Maria zum Kind: Ich hab sie nicht gesucht, sie hat mich gefunden. Ich hatte noch nie ein politisches Amt da ich bis zum heutigen Tag völlig ausgelastet war mit meinem Beruf, meiner Familie und diversen anderen Aufgaben in verschiedenen Vorständen. Aber auch wenn ich noch nie in der Politik aktiv war, habe ich mir doch immer viel Gedanken gemacht über aktuelle Themen und Lebensfragen. Aber, wie ich nun gemerkt habe, nur nachdenken allein genügt nicht; man muss die Gedanken ausformulieren, um sie für andere verständlich ausdrücken zu können. Das ist schwieriger, als man denkt, und ich habe unzählige Stunden gebraucht, um Dossiers zu lesen und Gespräche mit Experten zu führen und komme an kein Ende!

Meine Kandidatur hat mir viele Begegnungen mit Menschen geschenkt, viele Male wurde ich angesprochen und es ergaben sich interessante Gespräche auch über Glaubensfragen und Fragen der Ethik. Erschreckt hat mich oft aber eine grosse Ahnungslosigkeit; eine etwa 50-jährige Schweizer Dame wollte die Postkarte, die ich als Wahlpropaganda im Wartezimmer aufgelegt hatte, unterschreiben und fragte nach der Briefbox, um sie einzuwerfen. Sie hatte offenbar in ihrem Leben noch kein Wahlcouvert in Händen gehalten... Auch die Indifferenz vieler Menschen erschreckte mich: Soll doch jemand anderer entscheiden, mich geht's nichts an...

Indifferenz ist aber genau das, was wir in der heutigen Zeit nicht brauchen! Es braucht Menschen, und vor allem Christen, die sagen, was Sache ist. Wer weiss, wie die Abstimmung zur Fristenlösung herauskommen wäre, hätten sich alle Christen an jenem Sonntag rechtzeitig aus den Federn erhoben und wären abstimmen gegangen! Die aktuelle Diskussion zum Thema Sexualaufklärung ist ein hervorragendes Beispiel dafür, was in Gang kommen kann, wenn Menschen Widerstand leisten: Die Sache ist in allen Medien und innert kürzester Frist sind 90'000 Unterschriften zusammengekommen! So soll es sein! Einer allein mag nicht viel bewirken, aber alle zusammen haben wir eine vernehmbare Stimme! – Das wollte ich schon immer mal sagen.



Ursula Köppel, Oberweningen

Die Schweiz und der Islam - wie weiter?

Aktueller Vortrag von **Daniel Zingg (aseba)** zur schleichenden Islamisierung in der Schweiz

Montag, 21. November 2011, 20 Uhr
Geissbergsaal
Schulstrasse 11
8633 Wolfhausen

Grosser Parkplatz gegenüber
Firma Schulthess (Landstrasse 37)

Eintritt frei - freiwillige Kollekte
Es lädt ein: **EDU Bubikon-Wolfhausen**
www.edu-bubikon-wolfhausen.ch

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union
Union Démocratique Fédérale
Unione Democratica Federale